Nr. 80
März 2020

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

noch Anfang des Jahres schien es, als wäre eine Lobbykampagne gegen die „Bon-Pflicht“ der größte Sturm, den wir in nächster Zeit zu erwarten hätten. Doch dann kamen Thüringen, Hanau, die einseitige Grenzöffnung der Türkei, das Corona-Virus.

Das alles verursacht Aufregung, Angst, Unsicherheit. Und lenkt unsere Aufmerksamkeit darauf, was wirklich wichtig ist. Da wird auf einmal politische Verantwortung eingefordert. Auch wenn von rechter Seite seit Jahren daran gesägt, gezweifelt, gerüttelt wird: Unsere Gesellschaft und unsere politische Ordnung erweisen sich gerade als standfest, als wehrhaft, als handlungsstark.

Es hat lange gedauert, aber endlich scheint auch die Union zu verstehen, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr in unserem und für unser Land ist. Ich hoffe, dass diese Erkenntnis dazu führt, dass wir zukünftig gemeinsam und konsequent nicht nur rechten Terror, sondern auch Alltagsrassismus bekämpfen und den Menschen, die davon bedroht sind, wieder das Gefühl geben, dass sie sicher sind in Deutschland.

Ich wünschte, die Union würde sich auch hinsichtlich der humanitären Krise auf den griechischen Ägäisinseln und an der türkisch-griechischen Grenze noch zu weiteren Zugeständnissen bewegen lassen. Gemeinsam mit Europäischen Partnern müssen wir schnell handeln und besonders schutzbedürftige Personen auf andere Länder verteilen. Auf unser Drängen hin wurde die Einigung erzielt, 1500 unbegleitete Kinder und Jugendliche in der Solidarität mit anderen dazu bereiten EU-Staaten aufzunehmen. Ein wichtiger erster Schritt. Nach der Erfahrung von 2015 ist es richtig, nicht wieder den Eindruck eines Alleingangs in Europa erwecken zu wollen. Aber der Schutz der Menschen muss unser oberstes Ziel bleiben.

Das gilt auch bei unseren Maßnahmen gegen eine schnelle Verbreitung des Coronavirus. Dass er sich noch sehr viel stärker in Deutschland verbreiten wird, ist absehbar. Deshalb geht es nun darum, die Infektionsketten wo immer möglich zu unterbrechen, die Verbreitung zu verlangsamen und hinauszuzögern. Diese Zeit wird gebraucht, zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen, für den Schutz vor Überlastung von Arztpraxen und Krankenhäusern. Wir alle können mithelfen, indem wir Körperhygiene und Niesetikette einhalten, zu nahen Kontakt mit anderen vermeiden und bei Krankheitssymptomen erst einmal von zuhause telefonisch den Hausarzt kontaktieren.

Wir nehmen die Entwicklung sehr ernst, sehen unser Gesundheitssystem aber auch einigermaßen gewappnet für diesen Stresstest. Auch zur Abfederung wirtschaftlicher Auswirkungen haben wir bereits wegweisende Beschlüsse gefasst (s.S.2).

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Nationale Investitionsallianz

Alle drei Lesungen im Bundestag in einer Sitzung und am gleichen Tag die Beratung im Bundesrat — so schnell wie der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld wurde noch kein Gesetz zuvor beschlossen. Damit spannen wir einen Schutzschirm für Arbeitsplätze in Deutschland und stellen die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats in Krisenzeiten unter Beweis.

Vorher wurden diese und andere Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen der Verbreitung des Coronavirus auszugleichen, im Koalitionsausschuss beschlossen. Es geht in erster Linie darum, Liquiditätsproblemen entgegenzuwirken und die Beschäftigung in den betroffenen Betrieben zu sichern. Außer dem Kurzarbeitergeld sollen auch andere vorhandene Instrumente, z.B. der KfW, kurzfristig genutzt werden können.

Unverständlich ist jedoch, dass CDU und CSU unseren Vorschlag für eine vorgezogene Soli-Abschaffung für 96,5 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zum 1. Juli weiter blockieren. Davon würden insbesondere Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen direkt profitieren. Zusammengenommen hätten sie 5 Milliarden Euro mehr in der Tasche, wovon ein großer Teil in den Konsum fließen würde. Das wäre ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur.

Im Koalitionsausschuss haben wir aber auch einen Meilenstein erreicht und uns mit dem Koalitionspartner auf ein milliardenschweres zusätzliches Investitionspaket geeinigt. Dieses Geld wird eingesetzt für Kitas, Schulen und bessere Verkehrswege. In den Jahren 2021 bis 2024 sollen die Investitionen um jeweils 3,1 Milliarden Euro steigen – und in der Folge noch weiter erhöht werden.

In den kommenden vier Jahren sollen weitere acht Milliarden Euro in Verkehrswege des Bundes investiert werden. Aus diesen zusätzlichen Mitteln sollen auch in Städten und Gemeinden Brachflächen für den Bau bezahlbarer Wohnungen reaktiviert werden. Die Länder sollen von 2022 bis 2024 jährlich eine Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau bekommen.

Wichtig für die Investitionen sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Diese sollen vor allem im Verkehrs- und Digitalbereich noch in dieser Legislaturperiode erreicht werden. Geprüft werden soll, wie Gerichtsverfahren gestrafft werden können. Die Regierung soll bis Juli den Entwurf für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz beschließen.

Schnellere Planung und Genehmigungen soll es etwa beim Glasfaserausbau für die digitale Infrastruktur geben. Um das Mobilfunknetz an den Verkehrswegen besser auszubauen, will die Koalition geltende gesetzliche Mindestabstände von Mobilfunkstandorten an Autobahnen und Bundesstraßen streichen, damit die Betreiber nicht mehr auf private Grundstücke zurückgreifen müssen.

Zur Übernahme kommunaler Altschulden durch Bund und Länder wäre ein klares Bekenntnis von CDU und CSU ein gutes Zeichen gewesen. Dazu konnten sich die Koalitionspartner nicht durchringen. Dessen ungeachtet geht die Arbeit daran im Bundesfinanzministerium aber auf Hochtouren weiter. Dass wir das Thema wenigstens als „Merkposten“ in den Beschluss aufgenommen haben, ist deshalb ein wichtiges Ergebnis.

Den gesamten Beschluss des Koalitionsausschusses gibt es hier.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir ein Positionspapier verabschiedet, in dem wir dem Vorschlag von Frankreichs Präsident Macron, über eine eigene atomare Verteidigung der Europäischen Union nachzudenken, eine klare Absage erteilen. Solche Gedankenspiele sind gefährlich und unverantwortlich. Stattdessen bekräftigen wir in unserem Beschluss das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen. Keine andere sicherheitspolitische Bedrohung ist so gravierend wie die Verbreitung und der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen. Zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik gehört es, die Verbreitung und den Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu verhindern.

Konkrete Fortschritte für nukleare Abrüstung müssen vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und bei der anstehenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag erzielt werden. 50 Jahre nach Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrages, der unter anderem die Verbreitung von Kernwaffen verbietet, sollen sich die Vertragsstaaten auf eine neue Agenda für Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen einigen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die entsprechenden Bemühungen von Außenminister Heiko Maas im Vorfeld der Überprüfungskonferenz, die Ende April in New York beginnt. Außerdem setzten wir uns für ein starkes, gemeinsames Auftreten der Europäischen Union ein.

Unsere gesamte Position für Abrüstung und Rüstungskontrolle kann hier nachgelesen werden.

Vielen Dank

Die gesundheitlichen Bedürfnisse von Milliarden von Menschen in ärmeren Ländern werden seit langem vernachlässigt. Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe gegen vernachlässigte Krankheiten sind entweder überhaupt nicht vorhanden oder aber veraltet und ungeeignet für den Gebrauch in infrastrukturschwachen Gegenden. Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn Menschen sterben, weil das Medikament, das geholfen hätte, zu teuer ist oder wegen mangelnder Renditeerwartung nicht entwickelt wurde.

Um auf diesen Notstand hinzuweisen, wurde der Memento Preis für vernachlässigte Krankheiten ins Leben gerufen. Seit 2014 wird er einmal im Jahr für besonderes Engagement in der Bekämpfung von vernachlässigten Krankheiten in den Kategorien „Forschung und Entwicklung“ und „Journalismus“ und alle zwei Jahre für „Politischen Willen“ verliehen. Ich freue mich sehr, dieses Jahr mit dem Politikpreis ausgezeichnet worden zu sein.

Diese Auszeichnung betrachte ich als eine große Ehre und bin mir zugleich bewusst, dass mir damit auch ein Auftrag mit auf den Weg gegeben wird. Man setzt darauf, dass ich mich auch weiter mit klarer Haltung und festem Gestaltungswillen dafür einsetze, dem Menschenrecht auf Gesundheit mehr Geltung zu verschaffen. Das werde ich im Rahmen meiner Möglichkeiten tun, ebenso wie ich auch weiter darauf hinwirken werde, die Rahmenbedingungen für die Pflege in unserem Land weiter zu verbessern.

Unterwegs im Landkreis

Tradition

Vom Sanitätsverein über die Sanitätskolonne bis zum DRK-Ortsverein: Das Deutsche Rote Kreuz **Geislingen** an der Steige feiert 150. Geburtstag. Er ist nicht nur einer der ältesten Ortsvereine, sondern vermutlich der einzige mit einem eigenen Museum. Gemeinsam mit Peter Hofelich war ich beim Auftakt ins Jubiläumsjahr.

Nachhaltigkeit

In **Eislingen** gibt es den ersten Unverpackt-Laden im Kreis Göppingen - mit großer Leidenschaft und vielen tollen Ideen hat Ingrid Strähle ihr persönliches Nachhaltigkeitsprojekt gestartet und nicht nur einen besonderen Laden sondern auch einen schönen Begegnungsort in der Stadtmitte geschaffen.

Förderung

Zum Antrittsbesuch beim einzigen ehrenamtlichen Bürgermeister im Landkreis Göppingen Roland Lang war ich in Drackenstein. Gemeinsam freuen wir uns über die genehmigten Zuschüsse aus Bund und Land für den Breitbandausbau in Drackenstein und der Nachbargemeinde Hohenstadt. Rund 660 Haushalte und Unternehmen werden vom Ausbau profitieren.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

Mein vorerst letzter Besuch aus dem Kreis Göppingen – mit GewerkschafterInnen von der IG BCE, der Lokalen Agenda aus Uhingen, Jusos Göppingen und anderen Bürgerinnen und Bürgern. Bis Ende April werden im Bundestag keine Besuchergruppen empfangen – aus Vorsorge wegen des Coronavirus....

...was sich auch stark auf meinen Terminkalender auswirkt:

Termine

Montag, 16. März
12:30 Uhr
Dialog Alb Fils Klinik
mit den Abgeordneten
aus dem Landkreis Göppingen

Dienstag, 17. März
14:15 Uhr
Gespräch mit dem Kinderschutzverein
Nein, lass das! e.V.
16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
SPD-Bürgerbüro Göppingen

Samstag, 21. März 14:00 Uhr
„Bezahlbarer Wohnraum vs. Flächenverbrauch?“
Mit dem SPD-Kreisverband und der
Sozialdemokratischen Gemeinschaft
für Kommunalpolitik
Foyer der Stauferlandhalle Salach

Montag, 23. bis Freitag, 27. März
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 13. 03. 2020, 10 Uhr